

Ihr seid nicht **das Volk!**

Kein Tag vergeht, an dem die Medien nicht über ungenehmigte, provozierende und meist lauthals aggressive „Spaziergänge“ in verschiedensten Städten und Regionen Deutschlands berichten. Anmaßend und lautstark fühlen sich die Demonstrierenden als die wahren Verfechter von Demokratie und Freiheitsrechten. Wie absurd! Endlich sind Stimmen zu vernehmen, die die ungerechtfertigte Vereinnahmung des Großteils der Bevölkerung in Frage stellen.

Mit Ihnen in Freiberg, Zwickau, Plauen, Bautzen, in Thüringen und anderswo erklären wir uns solidarisch. Mit ihnen stellen wir klar: Ihr Protestierenden verbreitet Hass und Häme, schreckt nicht vor Gewalt zurück und lasst Euch von rechtsextremistischen Kreisen vereinnahmen und benutzen,

aber: **Ihr seid nicht *das Volk!***

Da sich öffentliche Versammlungen in der derzeitigen Situation aus guten Gründen verbieten, erklären wir als Leipzigerinnen und Leipziger klar und deutlich unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Pflegekräften und dem medizinischen Personal sowie allen Helfenden, die alles in ihren Kräften stehende unternehmen, um Menschenleben zu retten. Die Wertschätzung ihrer Arbeit muss sich umgehend auch in einer angemessenen Honorierung widerspiegeln. Dafür treten wir ein.

Wir erklären uns auch solidarisch mit den von den Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens besonders betroffenen Menschen in der Kulturbranche, in der Gastronomie, im Tourismus u.a. wirtschaftlichen Bereichen. Wir erwarten, dass ausreichende staatliche Hilfen im Interesse des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts gewährt werden.

Auch uns sind nicht alle von der Politik getroffenen Maßnahmen verständlich und nachvollziehbar. Es würde guttun, wenn manche Politikerinnen und Politiker den Mut haben würden, laut zu sagen: Wir haben uns geirrt und nicht ausreichende Vorsorge getroffen. Dennoch fragen wir: Wer von uns hätte den „Stein der Weisen“ gefunden, um in einer Pandemie mit inzwischen mehr als fünf Millionen Toten unangefochtene und unstrittige Entscheidungen mit ausreichender Tragweite treffen zu können?

Um weitere gesundheitliche und gesellschaftliche Schäden abzuwenden, braucht es ein klares Bekenntnis zu verantwortlichem Handeln zum Schutz von Leben. Die freiheitliche Demokratie verwehrt egoistisches, vor allem aber aggressives, den Nächsten verachtendes Agieren.

Wir erwarten in diesem Zusammenhang von Polizei und staatlichen Organen, im Sinne des Schutzes der Grundrechte alle rechtswidrigen Aktivitäten in vollem Umfang und unmissverständlich zu unterbinden.

Leipzig, den 17. Dezember 2021

Erstunterzeichnend:

Oltmanns	Gesine
Kallenbach	Gisela
Jung	Burkhard
Vor	Rainer
Kölsch	Michael
Schild	Regina
Röder	Hans-Jürgen
Baumeister	Annette
Bickhardt	Stephan
Böhme	Gottfried
Cagaljsejdi	Petra
Dohrn	Andreas
Eckert	Rainer
Elsässer	Ralf
Funke-Reuter	Andreas
Gebauer	Gregor
Goldfuß	Gabriele
Grimm	Manuela
Heide	Gabriele
Hitschfeld	Katharina
Jehnichen	Martin
Klett-Kinderbuchverlag	
Knauft	Daniel
Köhler	Jens
Köllner	Ines-Maria
Kreff	Katharina
Krumbiegel	Sebastian
Lazar	Monika
Loos	Ulrike
Melcher	Christin

Michael	Klaus
Möbius	Regine
Möller	Werner
Möller	Carsten
Oltmanns	Christian
Osberghaus	Monika
Pfuetsch	Tobias
Pietsch	Elke
Plotzitzka	Liane
Pörner	Frank
Röder	Bettina
Rudolph-Kokot	Irena
Schefke	Siegbert
Schenkel	Elmar
Scherzer-Heidenberger	Ronald
Schulze	Christian
Sonntag	Ingrid
Sprink	Rolf
Stief	Bernhard
Taddiken	Britta
Trepte	Hans-Christian
Turek	Rolf-Michael
Urban	Elke
Volks	Willi
Weichert	Michael
Wieckhorst	Karin
Wolff	Christian